



7.4.1973

Veranstaltung verboten

Geplant war Information über Situation der Ausländer

Mit Flugblättern wollen dreizehn Organisationen die Frankfurter Bürger am Samstag auf der Zeil über die Situation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik aufklären. Die Genehmigung für eine ursprünglich angesetzte Informationsveranstaltung „Ausländische Arbeitnehmer: Außenseiter oder Mitbürger?“, die für den gleichen Tag auf dem Platz hinter der Katharinenkirche geplant war, ist von der Polizei im Hinblick auf die bevorstehende Demonstration des AstA und des Häuserrates wieder rückgängig gemacht worden. In einer „spontanen Reaktion“ beschlossen daraufhin Vertreter der dreizehn Organisationen, ihre vorbereiteten Flugblätter einzeln zu verteilen. Die Informationsveranstaltung soll Anfang Mai nachgeholt werden.

Arbeiterwohlfahrt, kirchliche Organisationen, DGB, Humanistische Union sowie verschiedene Vereinigungen ausländischer Arbeitnehmer fordern in den Flugblättern gemeinsam: Recht der Ausländer auf gesicherten Aufenthalt, Recht auf Chancengleichheit in Schule und Beruf, rasche Verbesserung der miserablen Wohnsituation, Recht auf politische Betätigung sowie Recht der Ausländer auf freie öffentliche Kritik

an Unrechtverhältnissen in ihren Heimatländern.

In mehreren Passagen nehmen die Flugblätter auch Bezug auf die Vorgänge im Kettenhofweg: „Wir halten die Proteste der Bewohner des Westends gegen Bodenspekulation, Mietwucher und Zerstörung von Wohnraum für durchaus berechtigt. Hiervon sind vor allem auch die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien betroffen. Den Hausbesetzern und den mit ihnen sympathisierenden Demonstranten wurde kriminelles Verhalten vorgeworfen. Wie aber soll man das Verhalten derjenigen bezeichnen, die unter Ausnutzung einer längst überholten Gesetzgebung Wohnraum zerstören?“

Die Vertreter der oben genannten Organisationen protestierten scharf gegen die kurzfristige Rücknahme der Genehmigung für die Informationsveranstaltung. Gerade jetzt, wo die Grundsatzdiskussion um die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien einen ersten Höhepunkt erreicht habe, sei dieses Verhalten „unvertretbar“. „Wir sehen darin einen eklatanten Fall für die Unterbewertung der Probleme der ausländischen Arbeitnehmer.“ ulf

Haus. Aber in ihrer Heimat blüht die frei stehende

Informations-Aktion über die Ausländer-Probleme

Zwölf Organisationen verteilen Flugblätter

M. B. — Eine gezielte Aktion, die von zwölf namhaften Interessengemeinschaften organisiert wird, soll heute ab elf Uhr in der Innenstadt Frankfurts Bürger über Probleme der ausländischen Arbeitnehmer informieren.

Wie Klaus Scheunemann, Zweiter Vorsitzender der Humanistischen Union, Ortsverband Frankfurt, meinte, sei es politisch besonders interessant, daß erstmals Organisationen ein punktuell sachbezogenes Bündnis geschlossen hätten, die sonst in vielen Fragen völlig konträre Ansichten vertreten.

So finden sich auf dem Flugblatt, das im wesentlichen diese Forderungen aufstellt — Recht der Ausländer auf gesicherten Aufenthalt in der Bundesrepublik, auf Chancengleichheit in schulischer und beruflicher Bildung, rasche Verbesserung der miserablen Wohnsituation der Ausländer und Recht auf politische Bildung —, etwa die Arbeiterwohlfahrt sowie der Caritasverband, das Diakonische Werk in Hessen und Nassau, der DGB Kreis Frankfurt oder auch der SPD-Arbeitskreis Ausländische Arbeiter als Unterzeichnende zusammen.

Peter Bernhardt, Ortsvorsitzender

der Humanistischen Union: „Die Genehmigung für Informationsstände an der Katharinenkirche wurde uns am Mittwoch telefonisch vom Ordnungsamt entzogen, und zwar mit dem Hinweis auf die bevorstehende Demonstration des Häuserrates und des AstA. Daraufhin haben sich die Organisationen entschlossen, das Flugblatt mit 50 bis 60 Leuten in Form von Einzelaktionen zu verteilen. Die geplante Informationsveranstaltung soll dann im Mai nachgeholt werden.“

Neben Flugblättern werden Waschzettel zum Thema „Wohnsituation der ausländischen Arbeitnehmer“ den Passanten überreicht werden. Bernhardt: „Wir solidarisieren uns mit den Bewohnern des Westends gegen Bodenspekulation, Mietwucher und Zerstörung von Wohnraum. Hiervon sind vor allem auch die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien betroffen.“

